

**Bericht
über die Sitzung des Ortsgemeinderates Kleinbundenbach
vom 18.09.2025**

1. Forstwirtschaftsplan 2025

Der Forstwirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2025 wurde vom Forstamt erstellt und liegt dem Ortsgemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vor. Der Ortsgemeinderat stimmt dem im Entwurf vorliegenden Forstwirtschaftsplan 2025 zu.

**2. Organisation Forstreviere;
Revierbildung OG Wiesbach; Zukünftige Beförsterung im Forstrevier
Bechhofen**

Herr Kemkes erläutert dem Ortsgemeinderat die Revierbildung Wiesbach und die zukünftige Beförsterung im Forstrevier Bechhofen.

Das Forstamt Westrich teilte mit Schreiben vom 17.02.2025 mit, dass das am 27.01.2020 angestoßene Revierabgrenzungsverfahren, nachdem hierzu ergangene Beschwerden einzelner Kommunen zurückgezogen wurden, nunmehr abgeschlossen ist.

Der Abgrenzungsbescheid der Oberen Forstbehörde ist bestandskräftig, die Reviere sind mit Wirkung 05.02.2025 neu abgegrenzt.

Das Forstrevier Bechhofen ist somit neu abgegrenzt und umfasst neben Staatswaldflächen auch die Gemeindewälder von Battweiler, Bechhofen, Contwig, Dellfeld, Großbundenbach, Käshofen, Kleinbundenbach, Rosenkopf und Wiesbach.

Mit Schreiben vom 24.03.2025 wurde das Forstamt erneut über den Willen der eigenständigen Revierbildung der Ortsgemeinde Wiesbach informiert.

Der Ortsgemeinderat stimmt der Bildung eines eigenständigen Forstreviers Wiesbach zu. Das Forstrevier Bechhofen (neu) besteht sodann aus den verbleibenden Waldbesitzenden.

Der Ortsgemeinderat beschließt, dass der Revierdienst rückwirkend ab dem 05.02.2025 wie bisher (staatlich) erfolgen soll.

Der Ortsgemeinderat stimmt dem Vorschlag der Forstverwaltung, den Revierdienst mit Herrn Thomas Martinek zu besetzen, zu.

3. Neubau einer Kindertagesstätte, Grundsatzbeschluss und weitere Schritte

Die Ortsgemeinden Großbundenbach und Kleinbundenbach erwägen den gemeinsamen Neubau einer Kindertagesstätte in Modulbauweise. Der Ortsgemeinderat hatte hierzu schon mehrmals beraten. Am 11.08.2025 fand in der VG Verwaltung ein gemeinsames Informationsgespräch statt, bei dem die noch offenen Fragen der Ratsmitglieder aus beiden Ortsgemeinderäten diskutiert wurden.

Für die zu erbringenden Ingenieurleistungen ist außerdem ein fachkundiges Büro zu beauftragen, welches die Erbringung der Planungsleistungen, die

Aufstellung der Ausschreibung, sowie die Objektbetreuung und Überwachung sicherstellen kann.

Der Bau wird dabei sowohl vom Land als auch vom Kreis gefördert. Derzeit steht der Wegfall der bisherigen Förderobergrenze beim Kreiszuschuss an, sodass mindestens mit einer Förderung von 40 % auf die Gesamtkosten zu rechnen ist. Für die Aufteilung der Gesamtkosten ist ein Verteilungsschlüssel anhand der Einwohnerzahlen möglich (ca. 60 % Kleinbundenbach, 40 % Großbundenbach). Die jeweils geltenden Sätze und alle Verantwortlichkeiten sind in einer neuen Zweckvereinbarung beider Gemeinden noch zu regeln.

1. Der Ortsgemeinderat stimmt dem gemeinsamen Neubau der Kindertagesstätte am Standort Kleinbundenbach zu.
2. Der Ortsgemeinderat beschließt für die Trennung der Kosten anhand des Verteilungsschlüssels der Einwohnerzahl (ca. 60% zu 40%) der nun anstehenden weiteren Schritte (insb. Planungsleistungen) - vorbehaltlich einer noch zu schließenden Zweckvereinbarung.
3. Die Verwaltung wird beauftragt für die erforderlichen Planungsleistungen Angebote von fachkundigen Ingenieurbüros einzuholen und diese dem Ortsgemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

4. Initiative „Jetzt reden WIR – Ortsgemeinden stehen auf“

Die Lage der Kommunen in Rheinland-Pfalz – insbesondere der verbandsangehörigen Gemeinden – verschlechtert sich zusehends; fehlende finanzielle Mittel und damit Spielräume für Interessen und Bedürfnisse der örtlichen Gemeinschaft, überlastetes Ehrenamt, mangelnde Unterstützung und eine überbordende Bürokratie sind nur einige wenige Aspekte, die ernsthaft angegangen werden müssen.

Die Politik auf Bundes- und Landesebene „muss sich endlich ehrlich machen“, soll die kommunale Selbstverwaltung i. S. d. Art. 28 Abs. 2 GG und Art. 49 Abs. 1 bis 3 LV-RP nicht kollabieren.

Nach dem Motto: „Gemeinsam sind wir stärker – jetzt handeln“ haben sich zahlreiche Gemeinde- und Stadträte überparteilich und sachlich mit nachstehenden – aus-gewählten – Forderungen an die Bundes- und Landesebene eingehend beschäftigt und tragen diese nach Beschlussfassung an Herrn Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer mit der dringenden Bitte um Einleitung spürbarer und ernsthafter Schritte – auch im Bundesrat – heran.

Der Ortsgemeinderat befasst sich mit dem vorliegenden Forderungspapier zur Stärkung bzw. Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung für eine lebenswerte Heimat. Dieses beinhaltet zusammengefasst:

Abstract – Forderungspapier „Jetzt reden WIR – Ortsgemeinden stehen auf!“

Die Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz sehen ihre kommunale Selbstverwaltung insbesondere durch eine unzureichende Finanzausstattung, überbordende Bürokratie, eingeschränkte Planungshoheit und überlastetes Ehrenamt akut gefährdet. Das Forderungspapier richtet sich an Landes- und Bundespolitik mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit vor Ort nachhaltig zu sichern.

Zentrale Forderungen sind:

➤ Finanzielle Eigenständigkeit:

Reformansätze des bundesstaatlichen Finanzausgleichs zur Finanzierung von Sozial- und Jugendhilfelasten; Einführung eines bundesstaatlichen Konnexitätsprinzips bzw. Schärfung des Konnexitätsprinzips nach Art. 49 Abs. 5 LV-RP; Stärkung und Verstetigung der Finanzausgleichs- bzw. Gesamtschlüsselmasse und Abbau zweckgebundener Zuweisungen zugunsten allgemeiner Zuweisungen.

➤ Planungs- und Handlungshoheit:

Einschränkung übergeordneter Eingriffe; Sicherung von Abstandsflächen bei Energieanlagen; Erhalt wiederkehrender Straßenausbaubeiträge und bedarfsgerechte Finanzierung von Infrastruktur.

➤ Entbürokratisierung und Stärkung des Ehrenamtes:

Vereinfachung von Vergabe- und Verwaltungsverfahren; Digitalisierung; flächendeckende Aufgabekritik und Reduzierung von Standards auf ein unabdingbares Maß sowie Unterstützung des Ehrenamtes durch das Land gegenüber Arbeitgebern.

Die Gemeinden fordern spürbare gesetzliche und finanzielle Maßnahmen, um ihre Rolle als Fundament von Demokratie und Heimat im ländlichen Raum zu erhalten und zu stärken.

Der Ortsgemeinderat schließt sich der Initiative „Jetzt reden WIR – Ortsgemeinden stehen auf!“ an und beschließt das vorliegende „Forderungspapier zur Stärkung bzw. Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung für eine lebenswerte Heimat“.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschlussauszug digital bis spätestens Ende Oktober den Initiatoren der Initiative an ortsgemeinden-stehen-auf@web.de vorzulegen.

Das Forderungspapier soll Mitte November 2025 am Rande des Plenums an Herrn Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer mit Vertretern der angeschlossenen Gemeinden übergeben werden.

Nichtöffentlich

5. Mietangelegenheiten

Der Ortsgemeinderat beschließt in einer Mietangelegenheit.

6. Grundstücksangelegenheiten

Der Ortsgemeinderat beschließt in einer Grundstückangelegenheit.